

Arbeitsgruppe soll Haushalt in Griff bekommen

Nichtöffentliche Sitzungen / „Geschützte Atmosphäre“

mari Drolshagen. In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Drolshagen unterbreitete Bürgermeister Uli Berghof (CDU) am Donnerstag den Beschlussvorschlag der Bildung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe „Haushaltskonsolidierung“. Diese soll vorberatende Überlegungen zur Erreichung des Haushaltsausgleichs im Jahr 2017 anstellen. Bis zu vier Mitglieder der CDU-Fraktion, bis zu zwei Mitglieder der Fraktionen UDW, SPD und UCW, der Bürgermeister sowie der Kämmerer sollen an den nichtöffentlichen Sitzungen in geschützter Atmosphäre teilnehmen, bei Bedarf außerdem fachkundige Mitarbeiter der Verwaltung

Thomas Gosmann (SPD) kritisierte die Ausführungen „nicht-öffentliche Sitzungen“ und „geschützter Atmosphäre“. Das klinge nach Hinterzimmerpolitik, wie es sie bereits in der Vergangenheit seitens einer Fraktion gepflegt wurde und nach Maulkorbzwang gegenüber den Mitgliedern der eigenen Fraktionen. Das dementierte Bürgermeister Uli Berghof. Bezüglich der Erreichung des Haushaltsausgleichs im nächsten Jahr erscheine es angebracht, dass einzelne Mitglieder der Fraktionen bereits sehr frühzeitig in Überlegungen einbezogen werden.

Natürlich sei gegenüber den Fraktionen eine entsprechende Transparenz gegeben, und er wehre sich auch nicht gegen eine öffentliche Beteiligung, wie sie von Dr. Christoph Buchholz (UDW) angeregt wurde. Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig angenommen.

Ein weiterer Beschlussvorschlag des Bürgermeisters bezüglich interkommunaler Zusammenarbeit sorgte ebenfalls für Diskussionen. „Das ist mir zu unkonkret. Was steckt dahinter und warum wird kein diesbezügliches Konzept vorgestellt“, wollte Thomas Gosmann wissen. Er wünsche sich den Auftrag der Politik, in größerem Umfang in Gespräche zwecks interkommunaler Zusammenarbeit einzusteigen, sagte Berghof.

Es gehe darum, vermehrt Ideen zu entwickeln. Die Entscheidung zur Umsetzung obliege natürlich den politischen Beschlüssen. Dr. Christoph Buchholz (UDW) sah das pragmatisch. Eigentlich müsse dahingehend kein Beschluss erfolgen. Die Verwaltung müsse in der momentanen Lage alles tun, um Kosten einzusparen. Der Tagesordnungspunkt wurde mit zwei Enthaltungen der SPD beschlossen.

Vorgestellt wurde in der Sitzung der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2016, der eine Ausweitung von 1,68 Stellen beinhaltet. Dabei handelt es sich um Stellen für den Bereich Flüchtlinge/Asylbewerber, deren Besetzung nur bei Bedarf vorgesehen ist. Einführen will die Stadt ein neues System für Stellenbewertungen, die durch externes Know-how eine erhöhte Objektivität mit sich bringe.

Einstimmig beschlossen wurde die 1. Nachtragssatzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Drolshagen ab 1. April zu einem Steuersatz von 4,7 Prozent. An die Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung weitergegeben wurde die von UCW-Fraktionschef Karl-Rudolf Fölting eingereichte Beschwerde gegen die im Haushaltsplanentwurf 2016 vorgesehene Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B.

